

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

03. - 10. Juli 2026

Das Pariser Berufungsgericht bestätigte am 7. Juli 2026 die Verurteilung Marine Le Pens wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder. Die Strafe wurde auf drei Jahre Haft, davon zwei Jahre auf Bewährung, sowie eine Geldstrafe von 100.000 Euro festgesetzt. Die Sperre für die Ausübung öffentlicher Ämter wurde so verkürzt, dass Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2027 kandidieren kann. Bereits wenige Stunden nach dem Urteil erklärte Marine Le Pen ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 und begann gemeinsam mit RN-Parteichef Jordan Bardella den Wahlkampf. Da sie Kassationsbeschwerde einlegt, wird die Vollstreckung der Freiheitsstrafe zunächst ausgesetzt, sodass sie ihren Wahlkampf ohne elektronische Fußfessel führen kann. Bei einem gemeinsamen Auftritt in La Flèche (Pays de la Loire), das der Rassemblement National bei den Kommunalwahlen gewonnen hatte, präsentierten beide das Führungsduo des RN. Der Wahlkampfauftritt musste jedoch vorzeitig beendet werden, nachdem es am Rande der Veranstaltung zu Auseinandersetzungen mit Gegnern Le Pens gekommen war.

Die französische Regierung hat erstmals den neuen Orsec-Plan „Extreme Hitze“ aktiviert. Das Krisenschutzkonzept soll bei außergewöhnlichen Hitzewellen zusätzliche Mittel des Zivilschutzes mobilisieren. In den Départements mit der höchsten Hitzewarnstufe werden unter anderem Kühlzentren eingerichtet, um besonders gefährdete und isoliert lebende Menschen zu schützen. Die aktuelle Hitzewelle verschärft sich weiter: Seit Freitag gilt für neun Départements im Westen Frankreichs die höchste Warnstufe („Vigilance rouge“), ab Samstag sollen bereits 24 Départements betroffen sein. Nach Angaben von Météo-France wird die Hitzewelle mindestens bis zum Nationalfeiertag am 14. Juli andauern, wobei für Sonntag ein weiterer Temperaturanstieg erwartet wird. Gleichzeitig steigt die Waldbrandgefahr erheblich: In der ersten Juliwoche wurden bereits 9.921 Hektar zerstört – nahezu dreimal so viel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aufgrund des hohen Brandrisikos haben mehrere Präfekturen zudem die traditionellen Feuerwerke zum 14. Juli untersagt.

Die von den Grünen eingebrachte Misstrauensmotion gegen die Regierung wegen ihres aus Sicht der Opposition unzureichenden Umgangs mit der Hitzewelle ist in der Nationalversammlung deutlich gescheitert. Lediglich 132 Abgeordnete stimmten für den Antrag, erforderlich wären 289 Stimmen gewesen. Die Abstimmung machte zugleich die Spannungen innerhalb der Sozialistischen Partei sichtbar: Parteichef Olivier Faure unterstützte die Misstrauensmotion, während sich die Mehrheit der sozialistischen Fraktion dagegen aussprach.

Premierminister Sébastien Lecornu hat den sozialistischen Abgeordneten Jérôme Guedj und die zentristische Senatorin Nathalie Delattre mit einer Mission zur Evaluierung der französischen Laizitätspolitik beauftragt. Bis Ende Oktober 2026 sollen sie Empfehlungen zur Anwendung, Durchsetzung und Förderung des Laizitätsprinzips vorlegen. Im Mittelpunkt stehen die Wirksamkeit bestehender Strukturen und Rechtsinstrumente sowie mögliche Verbesserungen im Umgang mit Verstößen gegen den Laizitätsgrundsatz.

Die französische Nationalversammlung hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf angenommen, der für Polizisten und Gendarmen beim Schusswaffengebrauch eine widerlegbare Vermutung rechtmäßigen Handelns einführt. Die Regierung und Mehrheit argumentierte, damit würden Einsatzkräfte nach einem Schusswaffeneinsatz nicht automatisch unter Generalverdacht gestellt. Linke Parteien und Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Regelung hingegen als mögliche Schwächung der strafrechtlichen Kontrolle polizeilicher Gewalt. Der Gesetzentwurf wird nun im Senat beraten.

Die französische Regierung hat bestätigt, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst 2026 nicht allgemein angehoben werden. Als Begründung verweist sie auf die angespannte Haushaltslage; eine Erhöhung des Besoldungsindex um 1 % würde den Staat nach Regierungsangaben rund 2,4 Milliarden Euro kosten. Die Gewerkschaften kritisieren die Entscheidung angesichts der Inflation und haben für den 29. September zu einem landesweiten Mobilisierungstag aufgerufen.

Der Vorsitzende der Partei Horizons und Präsidentschaftskandidat Édouard Philippe hat bei seinem ersten großen Wahlkampfmeeting in Paris die Leitlinien seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahl 2027 vorgestellt. Im Zentrum standen die Konsolidierung der Staatsfinanzen, eine umfassende Bildungsreform, eine restriktivere Migrationspolitik sowie eine „pragmatische“ Klimapolitik. Philippe kündigte an, von den Franzosen „gerechte, gemeinsame und über die Zeit verteilte Anstrengungen“ zu verlangen. Zugleich sprach er sich für eine stärkere finanzielle Beteiligung von Rentnern am Sozialstaat, längere Lebensarbeitszeiten sowie eine tiefgreifende Reform des Bildungssystems aus. Geplant sind unter anderem ein flächendeckendes KI-gestütztes Nachhilfeangebot für Schüler sowie mehr Autonomie für Schulleitungen.

Emmanuel Macron ist als erster westlicher Staatschef seit dem Sturz von Bashar al-Assad zu einem offiziellen Besuch nach Syrien gereist. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Übergangspräsident Ahmed al-Charaa standen die politische Stabilisierung des Landes, der Wiederaufbau, die Sicherheitslage sowie eine mögliche Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit. Frankreich knüpft eine engere Kooperation dabei an Fortschritte beim politischen Übergang, den Schutz von Minderheiten und die Wahrung der territorialen Einheit Syriens. Zudem kündigte Macron an, 51 Millionen Euro aus in Frankreich eingezogenen Vermögenswerten des Assad-Clans für Entwicklungsprojekte zugunsten der syrischen Bevölkerung bereitzustellen. Während des Besuchs erschütterten zwei Sprengstoffanschläge in der Nähe des Hotels, in dem Macron übernachtet hatte, die syrische Hauptstadt. Nach Angaben der syrischen Behörden kam dabei ein Mensch ums Leben, 36 weitere wurden verletzt.

Die französische KI-Start-up Mistral AI hat mit Robostrat Navigate ihr erstes speziell für Robotik entwickeltes KI-Modell vorgestellt. Es soll Robotern ermöglichen, sich mithilfe von Kamerabildern und natürlichsprachlichen Anweisungen autonom in komplexen Umgebungen – etwa Büros, Wohngebäuden oder im Außenbereich – zu orientieren und zu bewegen. Das Modell ist für unterschiedliche Robotertypen ausgelegt. Mit der Vorstellung erweitert Mistral sein Tätigkeitsfeld im Bereich Robotik.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Bei den französischen Konservativen werden die Spannungen vor der Präsidentschaftswahl 2027 zunehmend öffentlich. Auslöser war eine Äußerung des Vorsitzenden der **LR-Fraktion** in der Nationalversammlung, **Laurent Wauquiez**, der den Vorsitzenden der Partei Horizons, Édouard Philippe, als möglichen gemeinsamen Kandidaten der bürgerlichen Rechten ins Gespräch brachte. Darauf reagierte der Vorsitzende der Les Républicains und Präsidentschaftskandidat **Bruno Retailleau** mit scharfer Kritik. Wauquiez sei „nie meine rechte Hand, keine Hilfe und auch keine Unterstützung“ gewesen. Mit Blick auf den Wahlkampf sprach Retailleau zudem von den „kleinen Verräterei“, die zu einer Präsidentschaftskampagne gehörten. Wauquiez hält unterdessen an seinem Appell fest, dass sich das bürgerliche Lager rechtzeitig auf den aussichtsreichsten Kandidaten verständigen müsse.

DIE ZAHL DER WOCHE

145 Millionen Euro

3	8	4	7
0	2	6	5
5	4	3	1
7	8	9	6
9	2	0	1

Die französische Regierung stellt angesichts der Düngemittelkrise ein **Nothilfepaket von 145 Millionen Euro** bereit. Hintergrund sind die stark gestiegenen Preise für Stickstoffdünger, die im ersten Halbjahr 2026 infolge geopolitischer Spannungen um rund 29 Prozent zulegten. Über ein neues Förderprogramm erhalten Landwirte für zwischen Juni und September bestellte Düngemittel eine Unterstützung von bis zu 50 Euro pro Tonne, für besonders betroffene Betriebe zusätzlich 20 Euro. Die Maßnahme soll verhindern, dass steigende Produktionskosten die Anbauplanung für 2027 gefährden. Besonders Getreidebauern stehen unter Druck: Nach mehreren schwierigen Jahren mit schlechten Ernten und niedrigen Weltmarktpreisen geraten viele Betriebe finanziell an ihre Grenzen. Parallel arbeitet die Regierung an einem langfristigen „Plan Engrais“, um die Abhängigkeit Frankreichs von Importen zu reduzieren. Frankreich produziert derzeit nur etwa 30 Prozent seines eigenen Düngemittelbedarfs und will deshalb sowohl den effizienteren Einsatz von Düngern als auch eine klimafreundlichere heimische Produktion fördern.